

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/ttip-wie-us-unternehmen-heute-schon-eu-gesetze-aushebeln-a-1072335.html>

Studie zu TTIP: Die Lobbyistenträume sind längst Wirklichkeit

Von Christoph Pauly, Brüssel

Was TTIP-Gegner fürchten, ist bereits Praxis: US-Unternehmen nutzen Handelsgespräche, um EU-Gesetze auszuhebeln - schon bevor sie in Kraft treten. Eine Studie zeigt an sechs Fällen, wie das in der Vergangenheit bereits geschehen ist.

Lobbyisten bedienen sich der sogenannten regulatorischen Zusammenarbeit. Dahinter verbirgt sich die Idee, dass ein Gesetzesvorhaben schon auf Handelshemmnisse analysiert wird, bevor es überhaupt ins Parlament kommt. Bisher geschieht das auf freiwilliger Basis, soll aber fester Bestandteil des geplanten Freihandelsabkommens TTIP werden.

Doch bereits jetzt nutzt die Industrie den transatlantischen Dialog ganz offenbar dafür, EU-Gesetze zu verwässern, zu verzögern oder gar zu verhindern. "Schon in der Vergangenheit gelang es der Großindustrie im Rahmen des transatlantischen Wirtschaftsdialogs, ihre Interessen auf Kosten des Gemeinwohls durchzusetzen", sagt Max Bank von LobbyControl.

Er und seine Co-Autoren von der Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) haben sechs Fälle ausgegraben, die belegen sollen, dass längst Praxis ist, was Kritiker bei TTIP fürchten. Die Studie liegt SPIEGEL ONLINE exklusiv vor.

=====

Quellenhinweis, m.z.

Dangerous Regulatory Duet

How transatlantic regulatory cooperation under TTIP will allow bureaucrats and big business to attack the public interest

Report January 2016 (pdf-Format, 35 Seiten) – Link:

http://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/regulatoryduet_en021.pdf

C o n t e n t s

Executive Summary 5

01.

Introduction: Transatlantic regulatory cooperation
– a business-driven lobby project 7

02.

What is regulatory cooperation? 8

What is the background of regulatory cooperation?

What conflicts do the two sides try to address via close cooperation?

03.

The first steps towards regulatory cooperation 11

How transatlantic regulatory cooperation – a joint effort since 1995 – has developed so far, and how it led to the TTIP negotiations.

04.

How corporate lobbyists were allowed to run the show 14

How regulatory cooperation was developed in tandem with civil servants, governments and the Commission. About 'corporate capture', and the unfounded claim that all 'stakeholders' will enjoy equal access.

05.

How embedded lobbyists and officials made use of regulatory cooperation 20

A look at the results of regulatory cooperation: a cumulative series of attacks on the public interest over the past two decades.

06.

TTIP as the next stage of regulatory cooperation 27

07.

Conclusion 31 Notes 32

=====

Die Grundlage für diese Kooperationen stammt aus dem Jahr 1998, und sie ist so gut wie unbekannt. Seitdem treffen sich regelmäßig Beamte beider Seiten, um Gesetzesvorhaben und Richtlinien auf eventuelle Handelshemmnisse zu prüfen. Dabei sind sie, so die Studie, zunehmend unter den Einfluss des Transatlantischen Wirtschaftsdialogs (TABD) geraten, der sich zunehmend zu einem diskreten, aber mächtigen Sprachrohr der Großindustrie entwickelt hat.

Unternehmen wie BASF, Audi, Merck und Ford schicken regelmäßig Führungskräfte zu den TABD-Treffen. Dort können sie ihre Ideen besonders effizient einspeisen. "Beziehungen mit hochrangigen Regierungsbeamten" und "spürbare Ergebnisse bei der Verbesserung transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen und für das Unternehmen" werden auf der aktuellen TABD-Website als Vorteile einer Mitgliedschaft angepriesen.

Treffen mit der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und dem US-Handelsbeauftragten Michael Froman, wie auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos, sind fast schon Routine. TABD werde "den Regierungen und Verwaltungen Maßnahmen empfehlen", sagte schon 2003 der EU-Kommissar Erkki Liikanen: "Die EU und die USA haben sich gemeinsam verpflichtet, die Empfehlungen des TABD zu prüfen und umzusetzen."

Als erstes Beispiel für zweifelhafte Unternehmensaktivitäten beschreibt die Studie von LobbyControl und CEO das Schicksal der Elektroschrottlinie. In ihrem Entwurf wollte die EU im Jahr 1998 unter anderem die Verwendung gefährlicher Stoffe bei Elektrogeräten verhindern. Die besonders betroffenen US-Firmen wehrten sich über den TABD und mit Hinweis auf die Gefahren für den Welthandel gegen das Vorhaben der Brüsseler Generaldirektion Umwelt. Schließlich schwächte die EU-Kommission die Richtlinien deutlich ab - erst Jahre später wurde der Einsatz besonders giftiger Flammschutzmittel verboten.

Die Finanzkrise zeigte, dass keiner mehr wirklich kontrollierte

Torpediert wurde auch ein EU-Vorschlag aus dem Jahr 1997, verstärkt gegen die Ozonschicht zerstörende Stoffe vorzugehen - durch eine sogenannte Kältemittelgruppe innerhalb des TABD. Einer der Teilnehmer der Gruppe, die die

später doch verbotenen Kältemittel H-FCKW und Brommethan verteidigten, sagte Jahre später einem Forscher: "Wir waren glaubwürdig, nur weil wir im TABD waren."

Aus Lobbyistensicht erfolgreich war der regulatorische Dialog auch, als die EU 2002 Regeln für Finanzkonzerne schuf, die auch für US-Institute mit Tochterfirmen in Europa gelten sollten. Das Vorhaben ging den US-Banken gewaltig gegen den Strich. Am Ende richteten die Amerikaner eigene Kontrollbehörden ein, die von den Europäern anerkannt wurden.

Die Finanzkrise zeigte ein paar Jahre später, dass in der Praxis keiner mehr wirklich kontrollierte. Beispielsweise konnte der damals weltgrößte Versicherer AIG in seiner Londoner Vertretung weitgehend unbemerkt mit Kreditausfallversicherungen unglaubliche Wetten eingehen. In der Finanzkrise musste AIG von der US-Regierung mit 182 Milliarden Dollar gerettet werden.

Was bislang auf freiwilliger Basis - und mit zweifelhaften Ergebnissen - geschieht, soll in Zukunft verpflichtend sein. Das ist Teil des Freihandelsabkommens TTIP. Wohl fast jedes Gesetz soll dann einem mächtigen Regulatorischen Kooperationsrat vorgelegt werden. Es soll künftig eine Reihe von transatlantischen Arbeitsgruppen beispielsweise für die Chemie-, Pharma- und Autoindustrie geben. Die Industrie konnte ihre Vereinfachungswünsche bereits einreichen.

Lobbyisten, die in den Entscheidungsprozess eingreifen können

"Unternehmenslobbyisten werden jederzeit in den Entscheidungsprozess eingreifen können, lange bevor Politiker die Vorschläge sehen", warnt Lobby-Controller Bank. Die Pharmaindustrie fände dergleichen toll, weil dann die Zulassung von Medikamenten viel einfacher wäre. "Die Industrie würde gern einen Projektantrag stellen, der dann, hoffentlich nach dem US-Modell, für beide Rechtssysteme gilt", sagten die Lobbyisten der europäischen Pharmaindustrie bei einem Treffen mit der EU-Kommission.

Die Finanzindustrie fände es klasse, weil sie sich ein "lebendiges Abkommen" erhofft, bei dem die staatlichen Aufseher "effizientere und weniger schwere Regulierungen erarbeiten". So steht es in einem TTIP-Positionspapier des European Services Forum, das die Interessen von Firmen wie der Deutschen Bank vertritt.